



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 10./11./17./18. Dezember 2024

Zum Abschluss des Politjahres 2024 standen zwei grosse Brocken auf der Traktandenliste: der Massnahmenplan und das Budget. Aufgrund des Massnahmenplanes wurde ein zusätzlicher Sitzungstag einberufen, welcher dann auch vollumfänglich gebraucht wurde. Von den insgesamt vier Sessions-Tagen wurden deren drei alleine für diese beiden Geschäfte benötigt, während von den weiteren rund 30 Traktanden nur noch ein paar wenige abgearbeitet werden konnten.

Seit Monaten ist der sogenannte **Massnahmenplan** Thema. Nun also wurde er im Kantonsrat diskutiert und verabschiedet. Zu Beginn wollte die SVP das Geschäft (erfolglos) zurückweisen, dies mit der Begründung, dass das Massnahmenpaket zu wenig weit geht. Damit blieb die SVP ihrer – nicht immer ganz nachvollziehbaren – Linie treu: Sie fordert und unterstützt zwar konsequent Kostensenkungen, lehnt ein Geschäft aber eben so konsequent ab, wenn die Senkungen (aus ihrer Sicht) zu wenig weit gehen. Auch von links gab es Widerstand – hier allerdings, weil für sie der Massnahmenplan zu einschneidend sei. Somit lag es einmal mehr an der Mitte/EVP-Fraktion, einen mehrheitsfähigen Kompromiss zu finden. Auch wenn sich die Euphorie für den Massnahmenplan (verständlicherweise) bei allen in Grenzen hält, so gelang es – mit ein paar kleineren Anpassungen – schlussendlich doch, dass eine Mehrheit diesem zustimmte (mit 51:33 bei 14 Enthaltungen).

Anschliessend ging es um das **Budget**. Der Regierungsrat präsentierte einen Voranschlag mit einem Defizit von 102.8 Mio. Franken. In der Vorberatung haben wir in der Finanzkommission (FIKO) diverse Kürzungsanträge über alle Bereiche erarbeitet und somit in den Kantonsrat gebracht. In der Debatte galt es dann, zwischen dem FIKO-Antrag und demjenigen der Regierung abzustimmen. In den meisten Fällen erhielt der FIKO-Antrag die Unterstützung von Mitte, EVP, FDP, GLP und SVP, und somit die Mehrheit, während SP und Grüne mit dem Regierungsratsantrag unterlegen waren. Am meisten Diskussionen gab es dabei bei der Bildung. Dass gute Bildung wichtig ist, ist kaum bestritten. Bei der Frage, wie viel sie kosten darf und soll, gehen die Meinungen dann aber weit auseinander. Während für die einen (links) die Kosten kaum eine Rolle spielen, ist für die anderen

(SVP) auch schon nur eine leichte Erhöhung ein Ablehnungsgrund. Es drohte eine «unheilige» Allianz und eine Ablehnung der einzelnen Detail-Budgets, wie dies innerhalb der vorberatenden Fachkommission, der Bildungs- und Kulturkommission (BIKUKO), geschehen ist. Die FIKO (mit mir als Sprecher) wollte ein solches Szenario unbedingt verhindern und hat daher nach mehrheitsfähigen Kompromisslösungen gesucht und diese gefunden. Der Kantonsrat hat in der Folge die meisten FIKO-Anträge angenommen. Beim Gesamtbudget resultierte schlussendlich ein Defizit von 98.1 Mio. Franken und sieht damit auf den ersten Blick nur unwesentlich besser aus als vom Regierungsrat vorgeschlagen. Das hat aber auch damit zu tun, dass der eine oder andere Entscheid erst ab 2026 finanziell spürbar wird.

Persönlich

Im Rahmen des **Massnahmenplans** und des **Budgets** hatte ich insgesamt vier FIKO-Kommissionsvoten.

In der Zwischenzeit hat der Regierungsrat die Kleine Anfrage zu «**Zwangsheirat**» beantwortet.

Um Personen mit tiefen Einkommen zu entlasten, gibt es die sogenannte **Krankenkassenprämienverbilligung**. Bund und Kanton sind gesetzlich verpflichtet, einen Betrag beizusteuern, wobei der Kantonsbeitrag mindestens 80% vom festgelegten Bundesbeitrag sein muss, vom Kantonsrat aber auch höher festgelegt werden kann. Bund und Kanton finanzieren so zusammen für 2025 rund 200 Mio. Franken. Alle Jahre wieder kommt hier von linker Seite der Antrag, dass der Kantonsbeitrag zusätzlich erhöht werden soll (auf 85%, das wären 5.6 Mio. Franken mehr). Bei diesem Geschäft bewegen wir uns in einem klassischen Spannungsfeld zwischen Sozial- und Finanzpolitik. Dem Antrag auf eine zusätzliche Entlastung der tiefen Einkommen haben sich in der Vergangenheit ab und zu auch Teile unserer Fraktion (inkl. mir) angeschlossen. Dieses Jahr aber war die Sache für Mitte/EVP klar: Die finanzielle Situation des Kantons einerseits und weil der Beitrag von Bund und Kanton auch ohne zusätzliche Erhöhung höher ist als im Vorjahr, haben uns veranlasst, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

In Kürze

In der Dezember-Session wird jeweils das **Präsidium** für das nächste Jahr gewählt. Dies sind: Roberto Conti (SVP, Präsident), Myriam Frei Schär (Grüne, 1. Vizepräsidentin) und Simon Bürki (SP, 2. Vizepräsident). Diskutiert wurde auch über das **Stahlwerk Gerlafingen** und über **Klassenmanagementlektionen**.

Die nächste Session findet am 28./29. Januar 2025 statt.

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

André Wyss